

FISKALFÖRDERALISMUS IN ÖSTERREICH

HERAUSFORDERUNGEN

Österreich ist ein föderalistischer Staat. Neben dem Bund erbringen auch die neun Bundesländer und 2.092 Gemeinden öffentliche Dienstleistungen und Aufgaben der Daseinsvorsorge. Über den **Finanzausgleich** wird die Aufgabenteilung zwischen den drei Gebietskörperschaften sowie die Verteilung der staatlichen Einnahmen geregelt. Da viele Aufgaben – etwa im Bildungsbereich, bei Pflege oder Verkehr – gemeinsam erbracht werden, ergibt sich ein komplexes System im Rahmen des Finanzausgleichs (für einen guten, kurzen Überblick siehe Mitterer oJ und aktuell Mitterer/Haydn 2025).

Aktuell regelt das Finanzausgleichsgesetz – **FAG 2024** den Finanzausgleich für die Jahre 2024 bis 2028. Im Vergleich zu vorherigen Perioden ist es zu **keiner Veränderung der Verteilung der Ertragsanteile** gekommen. Jedoch stellt der Bund den Ländern und Gemeinden mehr Geld für Gesundheit und Pflege sowie über einen neuen **Zukunftsfonds** für die Bereiche Kinderbetreuung, Wohnen und Klimaschutz (2024: 1,1 Mrd. Euro im Rahmen des Zukunftsfonds; ab 2025 valorisiert) zur Verfügung (BMF 2023). Zwar werden mit den Neuerungen zentrale Zukunftsthemen adressiert und die Bereitstellung von mehr Mitteln ist zu begrüßen, angesichts der großen Herausforderungen und Versäumnisse im Rahmen des Finanzausgleichs in der Vergangenheit sind diese jedoch noch nicht ausreichend. **Das FAG 2024 greift insgesamt zu kurz** und wesentliche Herausforderungen bleiben bestehen (Schultheiß 2024).

Es gilt weiterhin **die großen gesellschaftlichen Herausforderungen** wie Klimakrise, demografische Entwicklung, Digitalisierung, Finanzierung der Daseinsvorsorge aktiv und rasch auf allen Ebenen anzugehen. Es müssen gezielte Maßnahmen gesetzt werden, um den **sozial-ökologischen Umbau** in Österreich (Arbeiterkammer Wien 2024) bzw. die nachhaltige Entwicklung von **Wohlstand und Wohlergehen** (Premrov et. al. 2025) voranzutreiben – etwa über Verbesserungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege und Soziale Sicherung.

Eine besondere Rolle in der Klimakrise und der Daseinsvorsorge spielen die **Städte und Gemeinden**. Sie tätigen etwa ein Drittel der staatlichen Gesamtinvestitionen, gleichzeitig sind ihre Finanzierungsmöglichkeiten eingeschränkt (Mitterer et. al. 2025). Eine substantielle Reform des Finanzausgleichs, die allen voran eine strukturelle, finanzielle Stärkung von Städten und Gemeinden ermöglicht, ist weiter dringend erforderlich. Eine aktuelle Prognose zur Gemeindefinanzierung, nach der in den kommenden Jahren von Leistungseinschränkungen auszugehen ist, verstärkt die Problematik (KDZ 2025).

POLITISCHE POSITIONEN

Um auf die oben genannten großen und dringlichen Herausforderungen zu reagieren, kann nun nicht bis zu Verhandlungen eines neuen Finanzausgleichsgesetzes nach 2028 gewartet werden. Allgemein müssen folgende Punkte angegangen werden:

- **Eigene Einnahmequellen der Städte und Gemeinden stärken** – durch eine Reform der Grundsteuer, Zweitwohnsitzabgabe, höhere Parkgebühren oder eine Leerstandsabgabe.
- **Einrichtung eines langfristig ausgerichteten kommunalen Klima-Investitionsfonds** des Bundes, damit Städte und Gemeinden ihr Klimaschutzpotential rascher heben können (Überlegungen zur Ausgestaltung siehe Feigl 2024, Mitterer et.al. 2025).
- **Höheres Abgabenniveau** zur nachhaltigen Finanzierung des Sozialstaates. Angesichts der demografischen Entwicklung und der aktuellen Budgetlage ist es notwendig, zusätzliche Finanzierungsspielräume zu sichern. Um gleichzeitig gesellschaftliche Ungleichgewichte zu reduzieren, sollte das Anheben des Abgabenniveaus insbesondere über vermögensbezogene Steuern erfolgen. Zudem gilt es auf Seite der Unternehmen die Steuerlücke (Premrov/Bernhofer 2024) zu schließen und die Senkung der Körperschaftssteuer zurückzunehmen.

Zudem gilt es **Fortschritte in vielen verschiedenen Themenbereichen** vor den Verhandlungen eines neuen FAG zu erzielen. Dies betrifft etwa eine rasche und umfassende Pflege- und Gesundheitsreform, eine Aus- und Weiterbildungsreform sowie bessere Arbeitsbedingungen in der Elementarpädagogik, mehr Mittel für leistbares Wohnen sowie der Umsetzung einer öffentlich finanzierten Jobgarantie mit Fokus auf Gemeinden (siehe etwa Factsheets Langzeitpflege, Gesundheitssystem, demographiebedingte Kosten, Arbeitsmarkt, Re- und Upskilling und Wohnen).

Mittelfristig sind im Rahmen einer substanziellen Reform des Finanzausgleichs **zumindest folgende allgemeine Punkte** sicherzustellen:

- **Erhöhung der Ertragsanteile** der Städte und Gemeinden. Dabei sollten auch Mindereinnahmen durch die vorangegangenen Steuermaßnahmen der Bundesregierung kompensiert werden.
- **Stärkere Aufgabenorientierung:** die Geldflüsse zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sind verstärkt an Leistungskriterien, die etwa sozioökonomische Kriterien einbeziehen, zu binden.
- **Transparenz:** Die Erhöhung der Transparenz bei den Geldflüssen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entflechtung der Aufgaben und Transfers zwischen den Gebietskörperschaften. Grundlage könnte die Idee des KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung einer Transferdatenbank bilden (Mitterer et. al. 2016).
- Stärkere Vorgaben von **Mindeststandards** zur Sicherstellung von gleichen Leistungen in ganz Österreich.

KONTAKT

AK Wien
Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik
georg.feigl@akwien.at

REFERENZEN

- Arbeiterkammer Wien (2024): Eine Zukunft für die Vielen. Der Plan der Arbeiterkammer Wien für den sozialen und ökologischen Umbau, <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/limage/AC17186626/1/-/> (Zugriff: 19.12.25).
- BMF (2023): Paktum zum Finanzausgleich 2024, <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/finanzbeziehungen-laender-gemeinden/paktum-finanzausgleich-ab-2024.html> (Zugriff: 19.12.25).
- Feigl, Georg (2024): Klimaschutz-Potenzial der Städte und Gemeinden heben – mit einem kommunalen Klima-Investitionsfonds, in: A&W Blog vom 17.4.2024,

<https://www.awblog.at/klima-energie/Klimaschutz-Potenzial-der-Staedte-und-Gemeinden> (Zugriff: 19.12.25).

- Mitterer Karoline/ Biwald, Peter/ Haindl, Anita (2016): Länder-Gemeinde-Transferverflechtungen. Status und Reformoptionen der Transferbeziehungen zwischen Ländern und Gemeinden, https://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Transferbeziehungen_Langfassung.pdf (Zugriff: 19.12.25).
- KDZ (2025): Gemeindefinanzprognose Dezember 2025 – Defizitrückbau ohne strukturelle Reformen nicht möglich, <https://www.kdz.eu/de/aktuelles/blog/gemeindefinanzprognose-dezember-2025-defizitruueckbau-ohne-strukturelle-reformen> (Zugriff:10.1.25).
- Premrov, Tamara/Soukup, Nikolai/Streissler, Christoph (2025): AK-Wohlstandsbericht 2025. Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich, https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaftswissenschaften/AK-Wohlstandsbericht_2025.pdf (Zugriff: 19.12.25).
- Mitterer, Karoline (oJ): Der Finanzausgleich einfach erklärt - Wie der Staat das Steuergeld aufteilt, KDZ-Blog Öffentliche Finanzen und Föderalismus, <https://www.kdz.eu/de/aktuelles/blog/der-finanzausgleich-einfach-erklart> (Zugriff: 19.12.25).
- Mitterer, Karoline/Haydn, Marian (2025): Finanzausgleich kompakt 2025, https://www.kdz.eu/system/files/downloads/2025-11/Endbericht_Finanzausgleich_Factsheets2025.pdf (Zugriff: 19.12.25).
- Mitterer, Karoline/Haydn, Marian/Hochholdingner, Nikola/Maimer, Alexander (2025): Ausrichtung kommunaler Investitionen auf Klimaschutz, <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17477905/> (Zugriff: 19.12.25).
- Premrov, Tamara/Bernhofer, Dominik (2024): Steuerlücke effektiv bekämpfen – eine Priorität für die nächste Bundesregierung, in: A&W Blog vom 23.7.2024, <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Steuerluecke-effektiv-bekaempfen> (Zugriff: 19.12.25).
- Schultheiß, Jana (2024): Finanzausgleich 2024 – Ergebnisse für einen besseren Sozialstaat?, in: Bauer, Helfried/Biwald, Peter/Mitterer, Karoline (Hrsg.): Finanzausgleich 2024: Ein Handbuch. Mit Kommentar zum FAG 2024, 365-369.